

SPIEGEL *Titel*

Kabinett Schmidt: Der Notfall war da

Mit einer eiligen Regierungsumbildung versuchte Kanzler Schmidt, sein durch Minister-Rücktritte und Abhör-Affären beschädigtes Ansehen als zupackender Manager

der Macht wiederherzustellen und der Koalition neuen Halt zu geben. Die FDP zeigte während der Krisentage deutliche Distanz zum sozialdemokratischen Partner.

In letzter Minute versuchte Georg Leber, seinem Kanzler die Show zu vermiesen.

Kurz bevor Regierungssprecher Klaus Bölling am vergangenen Freitagmittag vor der Bonner Pressekonferenz das neue Kabinett des Helmut Schmidt vorstellen wollte, meldete sich im Büro des Staatssekretärs der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Kurt Fischer.

Der Kapitän zur See präsentierte ein sieben Seiten langes Rechtfertigungspapier seines Ministers, in dem der scheidende Leber langatmig und pathetisch dem Volk seinen Rücktritt erklären wollte (siehe Kasten Seite 20).

Entsetzt griff Bölling zum Spezialtelefon und wählte die Nummer drei, den Direktanschluß des Bundeskanzlers. Der Staatssekretär bat seinen Chef eindringlich, den noch amtierenden Verteidigungsminister davon abzubringen, das Papier vor der Presse verlesen zu lassen.

Doch beim anschließenden Telefonat zwischen Kanzleramt und Hardthöhe — Böllings Pressekonferenz lief schon — weigerte sich Leber hartnäckig, dem Wunsch Schmidts zu entsprechen. Unter äußerstem Zeitdruck mußte der Regierungschef schließlich zum letzten Mittel greifen und auf seine Richtlinien-Kompetenz verweisen: „Schorsch, du stehst noch in der Kabinettsdisziplin.“

Von Lebers eigenem politischen Nachruf unbehelligt, konnte der Regierungssprecher so das neue Schmidt-Kabinett vorstellen, in dem jedes zweite von Sozialdemokraten gehaltene Ressort neu besetzt wurde.

Bundeswehrchef wurde der bisherige Finanzminister Hans Apel, den der



Neuer Verteidigungsminister Apel: Entscheidung nach dem Mittagsschlaf

Rückzug und Rucksack

Wir haben eine Affäre Bundesrepublik und einen angelegten Helmut Schmidt. Die Affäre Bundesrepublik ist leicht beschrieben. Es war da nämlich einmal ein Mann namens Adolf Hitler. Er hat Europa zerstört und jegliche Moral ins Perverse gekehrt. Der Nachfolge-Staat Bundesrepublik wollte zumindest auf dem Papier Remedur schaffen.

Das Grundgesetz statuierte daher Grundrechte für den einzelnen Bürger. Sie binden Gesetzgebung (des Bundes und der Länder), vollziehende Gewalt (Regierungen in Bund und Ländern) und Rechtsprechung (Justiz); sie setzen „unmittelbar geltendes Recht“.

Diesem gebieterischen Anspruch mochte die Exekutive nicht entsprechen. So schuf man zweierlei Recht: das geschriebene, eindeutige, und das ungeschriebene, nicht einmal zweideutige, das im Dschungel der Geheimdienste schlängelt und wuchert. Teils half man sich, um das Grundgesetz brechen zu können, mit Kautschuk-Paragrafen, so im Falle des Verfassungsschutzes; teils, indem man das Wirken der Dienste gesetzlich überhaupt nicht regelte, so im Falle des Militärischen Abschirmdienstes (MAD).

In der Praxis bedeutet das: Als der Atom-Manager Traube mit einer Wanze in seiner Wohnung bedient wurde, ist dem zuständigen Ministerium, bis hinauf zum Minister, der Bruch des Grundgesetzartikels 13 („Unverletzlichkeit der Wohnung“) gar nicht klar geworden; es gab da die üblichen Übermittlungsschwierigkeiten. Maihofer wußte nicht, weil auch seine Untermänner nicht wußten.

Dies Nicht-Wissen der politischen, der Minister-Ebene wurde zwischen dem nun zurückgetretenen Minister Leber und seinem früheren Abwehr-Chef Scherer zum Prinzip erhoben. Wenn Scherer beteuert, er und sein Dienst hätten sich „stets im gesetzlichen Rahmen“ gehalten, so heißt das im Klartext, daß sie das Grundgesetz als unerheblich beiseite geschoben haben. Beachtung des Grundgesetzes hätte womöglich bedeutet, dem Minister einen „zusätzlichen Rucksack aufzupacken“ (Scherer), den Bruch des Grundgesetzes nämlich.

Von den „fachlichen operativen Zügen und Maßnahmen“ soll der Minister nichts wissen, denn er darf,

so Scherer, im Parlament ja nicht die Unwahrheit sagen. „Mensch“, spricht solch ein Minister dann wohl zu seinem Dienstmann, „hätten Sie mich doch bloß nicht eingeweihet!“

Die Regierung Schmidt, vor einem Jahr gewarnt durch den Fall Traube, den sie zu gesetzgeberischen Konsequenzen nicht nutzte, hat nun mit dem ihr aufgezwungenen Rücktritt eines ihrer wichtigsten Minister die Quittung für die unverantwortliche Laxheit, mit der sie das Grundgesetz traktiert hat. Wer den Diensten das Urteil darüber läßt, was sie dürfen, muß sie entweder wissentlich zum Staat im Staate machen, oder er korrumpiert nicht nur die Institutionen, sondern auch die Dienste selbst.

Die Frage, wieso der Koordinator der Geheimdienste im Kanzleramt, wieso der Staatssekretär Schüler so gar nichts zu wissen bekommt, wird, wie so viele andere, unbeantwortet bleiben. Unbeantwortet auch die Frage, was den Bundeskanzler wohl bewogen hat, an dem längst rücktrittreifen Georg Leber nahezu bis zum letzten Hauch von Roß und Mann festzuhalten. Ebenso die Frage, warum er die von Anfang an als für diesen wichtigen Posten untauglich erkannte Marie Schlei in das Amt des Ministers für die Entwicklungshilfe hievte. Hat er wirklich gedacht, mit Georg Leber und Marie Schlei die vier nächsten Landtagswahlen überstehen zu können?

Ob der Austausch von Ministern tunlich ist oder nicht, und ob der Kanzler, wie man vom britischen Premier sagt, ein „guter Metzger“ sein muß, dafür gibt es keine Regel. Tatsache ist, daß er sich von einer Notwendigkeit, die seit Ende des vorigen Jahres zu sehen war, wie ahnungslos hat überrollen lassen.

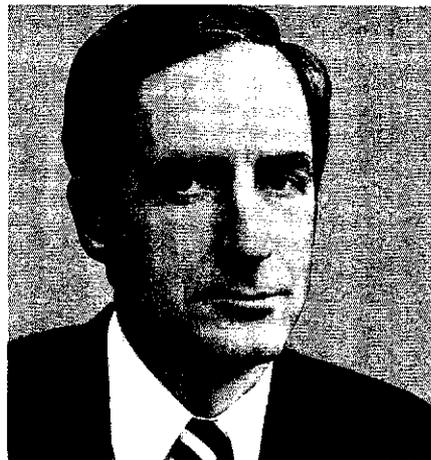
Alle Welt beneidet die Bundesrepublik um diesen Kanzler, dessen Prestige zu Haus immer noch so groß ist, daß (oder weil) weit und breit kein Nachfolger sichtbar wird. Kommt gar noch ein Mogadischu, so rechtfertigt er seinen Ruf als überlegener, kontrollierter Chef.

Sonst aber? Die Freien Demokraten, die zu seiner Immobilität recht-schaffen beitragen, spähen schon gelegentlich über die Schulter. Sie wollen mit Schmidt trotz seiner SPD regieren, nicht aber mit Schmidt samt seiner Partei untergehn.

Kanzler damit unübersehbar als Kronprinzen herausstellte. Am Ende der Ära Schmidt kann sein Vertrauter Apel die gleiche Kabinetts Erfahrung vorweisen wie Schmidt selber bei Antritt seiner Kanzlerschaft.

Ins Finanzressort wechselte Hans Matthöfer, seinen Sessel im Forschungsministerium übernahm der bisherige Parlamentarische Staatssekretär Volker Hauff. Neuer Entwicklungshilfeminister wurde der bisherige Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Rainer Offergeld, Bildungsminister der Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik in der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Schmude, und zum Wohnungsbauminister rückte der bisherige Parlamentarische Staatssekretär Dieter Haack auf.

Mit einer Blitzaktion hatte der Kanzler versucht, der ärgsten Kabinettskrise seiner Regierungszeit Herr zu werden. Schnelligkeit war für ihn das wichtigste



Neuer Bildungsminister Schmude

Kriterium, wollte er sein wertvollstes Gütezeichen nicht endgültig aufs Spiel setzen — das eines tatkräftigen Regierungsmanagers.

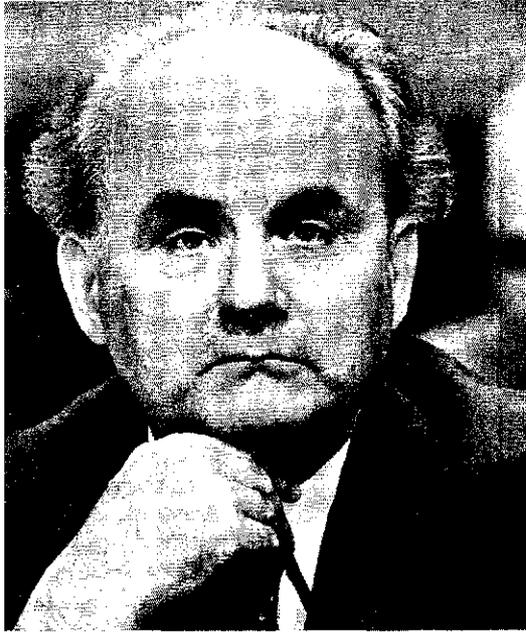
Zwei Tage zuvor hatte dieser Ruf ernsthaft Schaden genommen. Als Schmidt am Mittwochfrüh die Kabinettsitzung eröffnete, hatten vier seiner Minister die Lust am Regieren verloren.

Erst zwanzig Minuten vor Beginn der Sitzung hatte Verteidigungsminister Leber dem Kanzleramts-Staatssekretär Manfred Schüler telephonisch mitgeteilt, daß er dem Kabinett neue Einzelheiten zur Wanzen-Affäre seines Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zu melden habe; er würde nun auch die politischen Konsequenzen aus den Vorgängen ziehen und dem Kanzler seinen Rücktritt anbieten.

Bildungsminister Helmut Rohde hatte Schmidt schon zu Beginn der Woche wissen lassen, daß er sein seit geraumer Zeit geplantes Ausscheiden nun vor dem versammelten Kabinett zu verkünden gedenke. Durch die Einzeldemis-



Neuer Entwicklungshilfeminister Offergeld



Neuer Finanzminister Matthöfer



Neuer Forschungsminister Hauff

Bonner Kabinetts-Revirement
„Nicht aus dem Handgelenk“

sion wollte Rohde verhindern, in den Strudel einer großen Kabinettsumbildung gerissen und als Versager abgestempelt zu werden — nun saß der Ahnungslose mittendrin.

Auch die sonderbare Entwicklungsministerin Marie Schlei stellte schon in der vorletzten Woche, nach dem Wirrwitz um den 25-Millionen-Kredit an Somalia, dem Kanzler brieflich ihre Abberufung anheim: Sie fühle sich der Dauerkritik an ihrer Amtsführung nicht mehr gewachsen.

Ein vierter Kabinettsstuhl wurde schließlich noch durch die seit langem geplante Abwanderung von Wohnungsbauminister Karl Ravens frei, der als SPD-Spitzenkandidat in den niedersächsischen Wahlkampf zieht.

Zunächst war sich der Kanzler nach Lebers überraschendem Demissionsangebot nicht schlüssig darüber, ob er sein Kabinett sofort oder, wie ursprünglich geplant, erst im Frühjahr umbilden solle. Um Zeit zu gewinnen,



Neuer Wohnungsbauminister Haack

nicht um Leber zu halten, bat er den Verteidigungsminister, sich seinen Entschluß noch einmal zu überlegen: „Ich mach' das nicht aus dem Handgelenk, Schorsch.“

Des Kanzlers Zögern erwies sich als Fehler. In Bonn und draußen im Lande mußte der Eindruck entstehen, der sonst so flinke Schmidt sei nicht in der Lage, die notwendigen Entscheidungen rasch genug zu treffen.

Dabei hatte der Regierungschef schon im Dezember seine neue Kabinettsliste weitgehend fertiggestellt, war aber von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner an der Tat gehindert worden. Die beiden Koalitionsstrategen vertraten damals die Meinung, die Regierung könne auf den früheren Gewerkschaftsführer Leber nicht verzichten. Doch nachdem Lebers Abtritt durch neue Wanzen-Affären seines MAD unaufhaltbar geworden war, drängte Genscher den Kanzler nun zur Eile.

Mehr als 24 Stunden nach Lebers Kabinettsauftritt, am letzten Donnerstagmittag, entschloß sich Schmidt zum Durchmarsch. Um 15 Uhr gab er Anweisung, die Schlüsselfigur der ganzen Rochade, Finanzminister Hans Apel, ans Telephon zu holen.

Doch der Kontakt mit Apel, der über die rheinischen Karnevalstage in sein Hamburger Reihenhäuser geflüchtet war, kam zunächst nicht zustande — der Anschluß war dauernd besetzt. Kanzlerhelfer argwöhnten schon, eine der Apel-Töchter unterhalte eine Freundin über Telephon mit Schallplattenmusik.

Als der Apel-Apparat nach einer halben Stunde immer noch besetzt war, bat das Kanzleramt die Hamburger Polizei um Amtshilfe: Eine Funkstreife solle den Apels die Bitte übermitteln, endlich das Telephon frei zu machen. Doch das Blaulicht-Auto raste vergebens — der Minister war bereits an der Strippe. Bis zum Ende seines Mittagsschlafs hatte er selber den Hörer neben den Apparat gelegt.

Zwar hatte der Finanzminister seinem Kanzler schon vor Monaten bedeutet, daß er am liebsten Kassenwart der Nation bleiben wolle und kein Interesse am Militär habe. Nur im Notfall, und nicht etwa bei einer routinemäßigen Wachablösung im Laufe des Jahres, werde er zur Verfügung stehen. Der Notfall war da.

Mehr Überredungskunst mußte der Regierungschef bei Apel-Nachfolger Hans Matthöfer aufwenden, den er kurz vor dem Abflug zu einer Vortragsreise nach Davos in dessen Taus-Villa in Kronberg erwischte. Wie schon zu Beginn der Woche („Das kann ich nicht, und das will ich nicht“) wehrte sich Matthöfer auch jetzt: Er habe Spaß an seinem Job als Forschungsminister und traue sich das schwierige Geschäft des Finanzministers nicht zu. Erst als Schmidt ihn am Abend unter vier Augen ins Gebet genommen hatte, ließ sich auch Matthöfer breitschlagen.

Den Kandidaten Schmude erreichte der Kanzler telephonisch in Südafrika, dessen System der Rassentrennung der Abgeordnete als Leiter einer SPD-Delegation gerade studierte; Minister-Anwärter Offergeld wiederum wurde beim Skifahren in Südtirol aufgestöbert.

In der Nacht zum Freitag, um ein Uhr, war Schmidts neues Team dann komplett. Nun konnte der Kanzler wieder in die Offensive gehen und versuchen, den peinlichen Eindruck der letzten Tage zu verwischen, als sei die Regierung der zweitstärksten westlichen Industrienation das hilflose Opfer außer Kontrolle geratener Geheimdienstler geworden.

Die Erkenntnis, daß ihn am Ende sein eigener Geheimdienst zu Fall ge-

bracht hat, war Georg Leber am Dienstagabend voriger Woche gegen 22 Uhr gekommen — nach der Lektüre eines juristischen Gutachtens, das den bekannten langen Katalog von MAD-Abhöraktionen erstmals richtig bewertete.

Bis dahin konnte der Wehrminister noch selbstsicher verbreiten, daß keiner der aufgelisteten Lauschangriffe mit der rechtswidrigen Überwachung seiner Sekretärin Hildegard Holz in deren Privatwohnung zu vergleichen sei. Nach Lektüre des Juristenpapiers aber ging ihm auf, daß er vorletzte Woche im Parlament wahrheitswidrig versichert hatte, dies sei „der einzige Fall dieser Art“.

Sein guter Glaube, so wurde in diesem Moment Bonns dienstältestem Minister bewußt, konnte ihn politisch nicht mehr entschuldigen.



Zurückgetretener Verteidigungsminister Leber*: Zapfenstreich in Obertiefenbach?

Die Expertise ließ keinen Zweifel, daß die Fahnder des MAD in mindestens einem weiteren Fall einen schweren Rechtsbruch begangen hatten. Vor dem Parlament war Nicht-Jurist Leber davon ausgegangen, daß seine Lauscher die Wanzen in Geschäftsräumen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in Frankfurt setzen durften.

Das Gutachten aber belehrte ihn, daß die Verfassung nach unstrittiger Rechtsauslegung die private Sphäre bis hinein in Geschäftsräume, Keller, Hobbyräume, Stallungen und Heuschuber schützt.

Jetzt erlebte der Mann, der sich in seinem Amt immer mehr isoliert und von anderen keine Ratschläge mehr hatte hören wollen, die bittere Konsequenz seines einsamen Führungsstils.

So allein stand Leber schließlich, daß ihm zur Entschuldigung nur noch der Hinweis auf dunkle Mächte im Untergrund einfiel: „Das ist alles systematisch angelegt, da kommt eine Sache nach der anderen, da gibt es kein Halten mehr. Die Heckenschützen sitzen überall.“

Sicher ist: Seitdem, von wem auch immer, sorgfältig dosiert ständig neue Geheimdienst-Affären an die Öffentlichkeit getragen werden, muß sich die Regierung Schmidt den Vorwurf gefallen lassen, ausgerechnet unter der Ägide der Sozialliberalen würden die Bundesbürger ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung beschnüffelt und ausgespäht — und das womöglich noch intensiver als zu CDU/CSU-Zeiten, als der Bundesnachrichtendienst (BND) entgegen seinen Befugnissen auch im Inland Dossiers anlegte und sogar so-

zialdemokratische Oppositionspolitiker observierte.

Tatsächlich haben auch die Sozialliberalen die drei Geheimdienste, den Verfassungsschutz, den BND und den MAD, ohne wirksame politische Kontrolle agieren lassen, frei nach dem Motto: Der Erfolg heiligt jedes Mittel. Und immer erst, wenn illegale Aktionen aufgedeckt wurden, versprachen die Verantwortlichen Besserung.

BND-Leute waren dabei, als 1975 im Terroristen-Gefängnis Stammheim Wanzen zum Abhören von Verteidigergesprächen installiert wurden. Die Praktiken des Verfassungsschutzes kamen ans Licht, als der SPIEGEL (10/1977) den illegalen Lauschangriff auf die Wohnung des Atommanagers

* Am Freitag letzter Woche vor der Vorstandssitzung der SPD-Fraktion.

WERDEN SIE HEIL PRAK TIKER

Aus innerer Berufung als Heilpraktiker helfen und heilen, das ist für Viele ein erstrebenswertes Ziel. Wir helfen Ihnen dabei durch eine solide praxisnahe Ausbildung.

Ohne Berufsunterbrechung und Verdienstauffall bereiten wir Sie in Seminar-Studium (ohne Abend- oder Fernunterricht!) auf Ihre amtärztliche Überprüfung und den Heilpraktikerberuf vor.

Unsere Schule ist Ausbildungsorgan des VDH (Verband Deutscher Heilpraktiker e. V.) mit mehreren Ausbildungsstätten im Bundesgebiet. Seit Beginn 1977 ist auch ein 2-jähriges Vollstudium an unseren Tagesschulen in Würstorf, München und Mannheim möglich.

Fordern Sie die ausführliche Informationsbrochure HSS 23 HP an. Außerdem werden Sie persönlich von unseren Mitarbeitern (Seminarleiter, Heilpraktiker etc.) umfassend beraten.

HEILPRAKTIKER-SEMINAR-SCHULE
GmbH & Co. KG
INDUSTRIESTR. 1 D-3050 WUNSTORF 1
Tel. 05031/4031



Pkw-Rundreisen

Wer im Urlaub gern selbst „erfährt“, was fremde Länder so reizvoll macht — nur zu: TT-Touristik gibt Ihrem Pkw freie Fahrt in alle Ostsee Urlaubsländer und grünes Licht in England, Schottland & Irland. Vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer. Vom irischen Hochmoor bis zum schottischen Hochland. Von 1 bis 4 Wochen. 2 Beispiele von vielen:

Schweden-Seereise

13 Tage nach Trelleborg, Jönköping, Stockholm, Göteborg und Malmö. Mit Hotel (F), inkl. Schiffspassage für

650,-

Finnland, UdSSR, Polen

15 Tage von Travemünde nach Helsinki, Leningrad, Moskau, Warschau, Danzig und zurück inkl. Schiffspassagen und Hotels (VP) für

1.398,-

Auch als Bus-Rundreise für 1.790,-

Prospekte für „Urlaub nach Maß“ und Buchungen in Reisebüros o. gegen diesen Coupon bei

TT-TOURISTIK
14/78 TSP Postfach 11 22 89, 2000 Hamburg 11



Zurückgetretener Rohde: Ahnungslos im Strudel

Klaus Traube aufdeckte. Und nun hat auch der MAD seine Affären.

Allerdings haben die Politiker den Diensten das illegale Treiben auch allzu leicht gemacht, weil sie nicht exakt definierten, was Rechtsens ist.

Zuviel Leine ließen die Verantwortlichen vor allem den militärischen Abwehrleuten. Je länger Georg Leber auf der Hardthöhe residierte, je mehr er sich in der Rolle eines Soldatenvaters und international geschätzten Nato-Vormanns gefiel, um so weniger sah er seinen Leuten „im Sumpf“ (Leber) auf die Finger. So war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Eigenmächtigkeiten des MAD auf den Minister zurückfallen mußten.

Als Leber am Mittwoch die Konsequenzen zog und zugleich auch noch die Rücktrittsabsichten weiterer Kabinettsmitglieder publik wurden, drängte vor allem die FDP darauf, Kanzler Schmidt möge die SPD-Abteilung der Regierungsmannschaft unverzüglich wieder formieren.

Dabei achteten die Liberalen peinlich darauf, sich von den Nöten der Genossen abzugrenzen: Die Kabinettskrise sei nicht ihre Sache, sie müsse allein von den Sozialdemokraten gelöst werden. Folgerichtig wies Genscher auch alle Versuche ab, eine Parallelität der Geheimdienst-Versager zu konstruieren und den Traube-geschädigten FDP-Innenminister Werner Maihofer in die Personaldebatte mit einzubeziehen.

Durch die Bonner Krisenstimmung ohnehin leicht reizbar, registrierten die Sozialdemokraten besonders aufmerksam noch ganz andere Töne aus den Reihen des kleinen Partners. Die Aufforderung des baden-württembergi-

sehen FDP-Chefs Martin Bangemann, seine Partei solle „wieder zu der Zusammenarbeit“ mit den Christdemokraten zurückfinden, „die in der Nachkriegszeit zu so bemerkenswerten Ergebnissen geführt“ habe, ließ sich noch als eine der üblichen Extratouren eines Einzelgängers abtun.

Aber die Bemerkungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick, geschätzt als eine der Säulen der Koalition, mußten den Genossen schon eher als Warnzeichen gelten. Zwar wolle seine Partei die Koalitionsabsprachen mit der SPD einhalten, so hatte Mischnick vielsagend formuliert, doch sei die Zusammenarbeit mit dem Partner schwieriger geworden als früher.

Solche Andeutungen führender Liberaler erscheinen den Sozialdemokraten um so bedrohlicher, als auch in den Ländern die einstmalig innig verbundenen Sozialliberalen sich immer weiter auseinanderleben.



Zurückgetretene Marie Schlei, Ravens: Der Kanzler zögerte

In Nordrhein-Westfalen, dem wichtigsten regionalen Stützpfiler der Bonner Koalition, ist das SPD/FDP-Bündnis nach der Affäre Poullain schwer angeschlagen. Im Düsseldorfer SPD-Landesvorstand warnte Familienministerin Antje Huber ihre Genossen vor einem Wechsel des Ministerpräsidenten in der bis 1980 laufenden Legislaturperiode: Es sei nämlich keineswegs mehr sicher, daß der Nachfolger Heinz Kühns auch wirklich alle FDP-Stimmen erhalten werde.

In Hessen befürchten die Sozialdemokraten, daß die Anbiederungsversuche des CDU-Chefs Alfred Dregger bei den eher konservativen Landes-Liberalen doch noch Anklang finden könnten. Und in Hamburg, wo schon Anfang Juni gewählt wird, liefern sich die sozialliberalen Koalitionäre seit einiger Zeit einen erbitterten und von der Springer-Presse genüßlich angeheizten Kleinkrieg um einen „Taubenschuß“ (SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose).

Immer bedrohlicher für den Fortbestand der Bonner Koalition wirken sich zudem Arbeitslosenziffern und Rentendefizite aus. Noch liegen sich SPD und FDP, aber auch Gruppen der Sozialdemokraten untereinander in den Haaren darüber, wie das für 1981 zu erwartende Rentendefizit von 20 Milliarden zu decken sei.

Hart attackierte am Montag der hessische Ministerpräsident Holger Börner auf der Sitzung des SPD-Bundesvor-



stands in München den Kanzler: „Über die Renten verlieren wir unsere Wähler.“ Kategorisch verlangte der Ober-Hesse von der Bundesregierung, den Streit nicht in die Landtagswahlen im Oktober hineinzuziehen, wie es die derzeitige Terminplanung der Bonner vorsieht.

Die Landtagswahlen sind ohnehin mit dem Dauerproblem Arbeitslosigkeit belastet, das in den vergangenen Tagen noch zusätzliche Brisanz erhielt. Nach dem Hafenarbeiterstreik sind auch die Lohnverhandlungen der nordrhein-westfälischen Metallindustrie gescheitert. Das Sieben-Prozent-Signal der Hamburger Schauerleute und die weit auseinanderklaffenden Lohnvorstellungen der Metall-Tarifpartner erschweren die kommenden Lohnrunden in anderen Branchen. Der soziale Frieden — bislang das in allen Wahlkämpfen benutzte Aushängeschild sozialliberaler Politik — ist in Gefahr (siehe Seite 32).

Damit nicht genug: Noch ist es fraglich, ob die Koalition am 16. Februar eine Mehrheit hat, wenn das Parlament Gesetze über die Bekämpfung des Terrorismus verabschieden soll. Es ist bisher nicht gelungen, eine Schar von SPD-Abgeordneten umzustimmen, die sich weigern will, beim Abbau von Freiheitsrechten mitzuwirken für ein — in ihren Augen — fragwürdiges Mehr an Sicherheit.

In dieser tristen Lage hofft Helmut Schmidt offenbar, mit seinem Blitzrevirement vom vergangenen Freitag das Signal für einen neuen Aufbruch zu setzen. Zumindest ist es dem Bundeskanzler gelungen, die größten Schwachstellen in seinem Kabinett zu beseitigen.

Von seinem Intimus Hans Apel verspricht sich der Kanzler den Elan und die Robustheit, die nötig sind, um — bei aller Distanz seines Hamburger Landsmannes zum Militärischen — den Riesenapparat auf der Hardthöhe wieder unter Kontrolle zu bringen. Schmidt nahm dabei das Risiko in Kauf, daß sein ungedienter und oft flapsig-unkonventioneller Protegé erst einmal bei Zivilisten und Militärs in seinem neuen Ressort anecken wird — wie zuvor schon im Finanzministerium.

Bonner Insider freuen sich auch schon auf ein anderes Schauspiel. Bislang mußte sich Apel als Finanzminister hart gegen die Wünsche der Ressortkollegen, aber auch der EG- und Nato-Partner verteidigen. Jetzt gehört der auch im privaten Bereich nicht eben spendable Hanseat zu jenen Ministern, die Jahr für Jahr den tiefsten Griff in die Staatskasse tun.

Apels Nachfolger im Finanzministerium, dem vom Kanzler als ergebener Vasall geschätzten Matthöfer, steht die umgekehrte Bewährungsprobe bevor. Denn bisher stellte sich der Metallgewerkschafter gern als reformeifriger

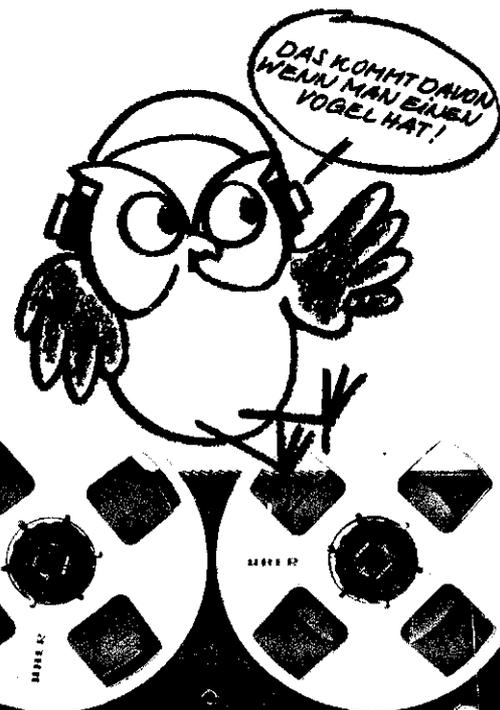
Aber auch alles muß man selber machen.

Seit Jahr und Tag bauen wir HiFi-Tonbandmaschinen und HiFi-Cassettengeräte. Mit ausgefuchster Technik und in höchster Qualität. Heute zählt man unsere Geräte zu den besten der Welt.

Aber das war uns nicht genug. Deshalb bauen wir heute auch HiFi-Tuner und HiFi-Verstärker. Und zwar

nicht irgendwie. Sondern nach unseren Maßstäben. Für alle, die in punkto Qualität auch so einen Vogel haben wie wir.

- HiFi-Stereo-Tonbandmaschine UHER SG 630 LOGIC
- HiFi-Tonbandgerät UHER 4400 Report IC Stereo
- HiFi-Stereo-Cassettengerät UHER CR 210 stereo auto-reverse
- HiFi-Stereo-Cassettengerät UHER CG 340
- HiFi-Stereo-Tuner UHER EG 750
- HiFi-Stereo-Verstärker UHER VG 850



Herwerth & Panzer

UHER
Die HiFi-Totale

Ihre HiFi-Informationen bitte!

Schicken Sie mir bitte Informationen über das komplette UHER-HiFi-Programm an diese Anschrift:

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

UHER WERKE MÜNCHEN Barmseestraße 11 8000 München 71 SP 5



Forschungsminister dar, der bei Apel laufend um Geld für die Förderung aller möglichen neuen Technologien einkam.

Ob er im schwierigen Finanzressort zurechtkommt, halten viele sozial- und freidemokratische Regierungsmitglieder allerdings für fraglich. Ihnen gilt Matthöfer — nicht zuletzt aufgrund seines Eiertanzes in der Atomenergie-Diskussion — als wankelmütig und allzu anpassungsfähig. Ein führender Freidemokrat kurz vor der Entscheidung: „Matthöfer als Finanzminister, das wäre eine Katastrophe. Das ist ein Mann, der sich an die gängigen Stimmungen anpaßt.“ Verhindern konnten ihn aber auch die Liberalen nicht.

Seine Juniorminister Hauff, Offergeld und Schmude suchte sich Schmidt danach aus, wie junge sozialdemokratische Zukunftspolitiker in seinen Augen auszusehen haben: Sie sollen weder dem rechten noch dem linken Parteiflügel verbunden sein und dürfen nicht durch Widerworte oder übergroße Originalität auffallen.

Lediglich bei der Bestallung des bläßlichen Ravens-Nachfolgers Haack, der in der großen Schar der Bonner Parlamentarischen Staatssekretäre nie aufgefallen ist, war dem Kanzler nicht ganz wohl. Ein hoher Regierungsfunktionär: „Hier machte sich die personelle Enge bemerkbar.“ Für den ehemaligen Karrierebeamten Haack sprach schließlich nur der Regionalproporz: Der Mann aus Bayern verstärkt das im Kabinett unterrepräsentierte süddeutsche Element.

Zwei Kandidaten kamen bei der Kabinettsumbildung nicht zum Zug. Lieber noch als Offergeld hätte der Kanzler nämlich gern den Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andreas von Bülow, als Entwicklungshilfeminister gehabt. Doch Apel wollte den eingearbeiteten Mann in seinem neuen Ressort auf der Hardthöhe nicht missen.

Dem Vorschlag einiger Genossen, den ehemaligen Entwicklungshilfeminister und jetzigen Staatsminister im Kanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski, wieder mit seinem alten Amt zu betrauen, mochte der Kanzler nicht folgen. Schmidt: „Den reiße ich mir nicht vom Herzen.“

Während sich in Bonn die Aufsteiger auf ihre neuen Ämter vorbereiten, macht sich der prominenteste Absteiger, jener Mann, der letzte Woche die Kabinettskrise ausgelöst hatte, Gedanken über einen angemessenen Abschied.

Georg Leber würde gern seine Karriere dort beenden, wo sie begann. Den Großen Zapfenstreich, traditionelles Abschiedsereoniell für scheidende Spitzenmilitärs und Verteidigungsminister, möchte er in seinem Geburtsort zelebriert haben — in Obertiefenbach bei Limburg an der Lahn.

„Wir wissen nicht, was noch kommt“

Die politische Führung ließ dem MAD freie Hand

Der Kommunistische Bund Westdeutschland baute um. Die Klempner vom Militärischen Abschirmdienst bauten mit.

Als das auf Agitation gegen die Bundeswehr spezialisierte „Soldaten- und Reservisten-Komitee“ der kommunistischen Splittergruppe Ende 1976 eine neue Wohnung bezog, mußten die Räume erst hergerichtet werden. Unbemerkt von den neuen Besitzern zementierten die Lausch-Spezialisten des MAD eine drahtgebundene Mikrofonanlage beim Umbau mit ein. Von einer Nachbarwohnung aus hörte die Abwehr 17 Tage lang mit, was nebenan gesprochen wurde.



MAD-Chef Komossa
Gewachsenes Selbstverständnis

Die Aktion war nur einer von zahlreichen Lauschangriffen, mit denen der MAD seit Jahren Schaden von Heer und Volk zu wenden suchte — mit „schweren MAD-Abwehrwaffen“ (Ex-Chef Paul-Albert Scherer) und etwas reichlich außerhalb der Legalität.

Die Bundeswehr-Späher nahmen es mit der Lauscherei leichter als ihre zivile Konkurrenz: Anders als die Beamten vom Bundesverfassungsschutz kundschafften die Militärs ohne eindeutige Gesetzesgrundlage über den Einsatz von Wanzen und anderem Werkzeug. Schlimmer noch: Die politische Spitze des Verteidigungsressorts ließ dem hauseigenen Geheimdienst nahezu freie Hand.

So konnten die uniformierten Abschirmer ungehindert, ohne vorher den Minister zu fragen, nach eigenem Gutdünken alles zu erlauben, im Verfassungsschutzgesetz nur vage umschriebenen, „nachrichtendienstlichen Mitteln“ erklären, was ihnen ihr Abwehrgeschäft erleichterte.

In dringenden Verdachtsfällen, so räumte Scherer letzte Woche in einem SPIEGEL-Gespräch ein, war nach dem gewachsenen Selbstverständnis des Dienstes auch die in Grundgesetzartikel 13 festgeschriebene Unverletzlichkeit der Wohnung für die Agentenjäger kein Hindernis (siehe Seite 26).

Am vergangenen Freitag war das Ausmaß der MAD-Aktivitäten abseits der Verfassung noch nicht zu übersehen. Andreas von Bülow, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium: „Wir wissen nicht, was alles noch auf uns zukommt.“

So blieb bislang ungewiß, ob der MAD sogar hohe Militärs abgehört hat — etwa den damaligen Kommandeur der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Eberhard Wagemann, oder den — inzwischen pensionierten — Chef des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, Vizeadmiral Rolf Steinhaus.

Scherer beteuerte in einer dienstlichen Erklärung gegenüber seinen Vorgesetzten, dergleichen habe es nicht gegeben. Nachfolger Gerd Helmut Komossa ist sich dessen weniger sicher. Ihm fiel immerhin ein, Wagemann selber habe darum gebeten, „eine Lauschabwehr durchzuführen“ — mit der Begründung, in seinem Telefonapparat knacke es immer so seltsam.

Doch schon was bisher bewiesen ist, langt zur Staatsaffäre. Der MAD lauschte quer durch die Republik. Nicht nur die Leber-Sekretärin Hildegard Holz (SPIEGEL 5/1978), nicht nur der KBW wurden Opfer rechtswidriger Lauschangriffe.

Auch ein Feldwebel der Bundeswehr beispielsweise geriet in Hörweite der MAD-Wanzen. Der Soldat, der Zugang zu Akten der zweithöchsten Nato-Geheimhaltungsstufe „Cosmic“ hatte, wurde von den Abwehrrern verdächtigt, atomare Geheimnisse an den Osten verraten zu haben — zu Unrecht, wie sich im nachhinein herausstellte.

Als wochenlange Observationen keine Anhaltspunkte ergaben, versuchten es die Spionenfänger mit einem Trick. Sie luden den Feldwebel zu einer Vernehmung und löcherten ihn stundenlang mit ihren Fragen. Der MAD hoffte, der vermeintliche Agent werde sich nach der Anspannung zu Hause seiner Frau offenbaren. Zwei Stunden lang